

Sudan

Die vergesellschaftende Institutionalisierung der im Südsudan lebenden Gemeinschaften bleibt nicht nur fragmentarisch, sie entwickelt über lange Zeit keine einigende nationale Erzählung. Vielmehr dominiert eine Abwehrhaltung gegenüber der gewaltsamen Eingliederung in ein fremdes Staatswesen. Weniger ist der konkrete Staat – der Sudan – das Problem. Es geht um die Abwehr von Staatlichkeit an sich. Es ist primär diese Abwehr, die einen Nukleus an gesellschaftlichem Bewusstsein provoziert. Jeder Staat wäre vermutlich als »fremd« und nicht den Lebensumständen angepasst wahrgenommen worden. Zugleich ist es diese erzwungene Vergesellschaftung, die überhaupt erst unterschiedliche, gegeneinander gerichtete Interessenlagen der im südsudanesischen Territorium lebenden Gemeinschaften produziert. Sicher gab es schon zuvor gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Stammesverbänden, die mitunter in groß angelegten bewaffneten Kampagnen resultieren konnten. Divergierende politische Interessen zwischen den Regionen und Bewohner:innen des Südsudan, etwa zwischen Bahr el-Ghazal Dinka, Nuer in Upper Nile und den Gemeinschaften in Equatoria, können sich aber erst entwickeln, nachdem diese Regionen und die in ihnen lebenden Menschen in einen vereinigenden institutionellen Rahmen gesetzt werden.

Die durch die koloniale Durchdringung herausgeforderten, zum Teil gewaltsamen Auflehnungen gegen die externen Machthaber sind hauptsächlich auf Ebene der Gemeinschaften organisiert. Die sudanesishe Unabhängigkeit markiert daher eine Wasserscheide. Zusammen mit den ihr unmittelbar vorangehenden Prozessen provoziert sie erstmals die Formierung eines deklariert südsudanesischen Widerstandes. Dieser Widerstand durchbricht erstmals strukturell die von den Gemeinschaften vorgegebenen sozialen und sprachlichen Barrieren und organisiert sich territorial entlang der von außen vorgegebenen staatlichen Grenzen. Zugleich bewegt sich diese Widerstandsbewegung in einer historisch herausfordernden Situation. Sie richtet

sich bewaffnet gegen eine erfolgreiche antikoloniale Bewegung, die gerade die Eigenstaatlichkeit des Sudan erreicht hat, noch dazu im afrikanischen Vergleich als eine der Ersten und auf vergleichsweise friedlichem Weg.

Ohne selbst prokolonial geprägt zu sein, versetzt das den südsudanesischen Widerstand von Beginn an in die geopolitisch einzigartige Lage, gegen koloniale Bestrebungen einer antikolonialen Bewegung kämpfen zu müssen. Diese Konstellation wird während der folgenden Jahrzehnte zum Teil überraschende und bruske Wendungen in der politischen Ausrichtung und der Wahl internationaler Partnerschaften bedingen. Viele der ideologischen Versatzstücke und die einzigartige Unterstützungs- und Bündnisstruktur der südlichen Widerstandsbewegung gegen die Zentralregierung in Khartum lassen sich nur vor dem Hintergrund dieser besonderen Positionalität erklären. Die für Befreiungsbewegungen unüblichen Allianzen, die die südsudanesische Unabhängigkeitsbewegung begleitet haben, neben Äthiopien und Uganda insbesondere mit den USA und Israel und, paradoxerweise, an einigen Stellen sogar mit dem Sudan selbst, erklären sich aus dieser Entwicklung. Diese Allianzen sind bis heute in der staatlichen Außenpolitik der nun unabhängigen Republik Südsudan wirkmächtig.

Anti-Antikolonialismus

Im mit dem Kondominium vertraglich vereinbarten Fahrplan zu der den Süden nun definitiv einschließenden sudanesischen Unabhängigkeit sind die Parlamentswahlen im November 1953 der erste Schlüsselmoment. Sie resultieren in einer absoluten Mehrheit für die antikoloniale, proägyptisch eingestellte *National Unionist Party* (NUP). Die *Southern Party*, die die südlichen Interessen bündelt, kann immerhin neun Sitze (von insgesamt 97) gewinnen. Politisch bleibt sie dennoch marginalisiert. Bald nach den Wahlen benennt sie sich in *Liberal Party* (und später *Southern Liberal Party*) um, um dem beständigen Vorhalt, sie würde Sezessionsbestrebungen hegen, demonstrativ entgegenzutreten.

Im Oktober 1954 versammelt sich die kleine politische Elite des südlichen Sudan zu einer Konferenz in Juba, um ihren Forderungskatalog gegenüber dem bald unabhängigen sudanesischen Staat abzustecken. Die Konferenz ist von Uneinigkeit und kontroversen Positionsbezügen geprägt. Die *Southern Party* tritt offen gegen die sudanesishe Unabhängigkeit ein, nicht zuletzt aus Ablehnung der aus ihrer Sicht diskriminierenden Sprachenpolitik. Eine kon-

sensuale politische Forderung aller vertretenen Kräfte zielt auf die Verankerung eines föderalen Systems. Wiewohl die Frage des Föderalismus anfänglich auch in sudanesischen politischen Kreisen diskutiert wird, entscheidet sich die NUP-Mehrheitsregierung für eine Strategie der konsequenten Sudanisierung. Die abziehenden britischen Kolonialbeamter werden durch Nordsudanesen ersetzt, und der Raum für kontroverse politische Debatten um das »Southern Problem« in Khartum immer enger geschnürt.

Nach einer Massenentlassung von Fabrikarbeiter:innen aus dem neu errichteten Nzara Industrial Complex in Yambio kommt es im August 1955 zu ersten gewaltsamen Entladungen. Die nordsudanesische Verwaltung schlägt die der Entlassungswelle folgenden Proteste bewaffnet nieder und lässt wenig Zweifel an ihrem Willen, weiterhin hart durchzugreifen. Die Familienangehörigen der Beamten aus dem Norden werden zur schnellen Abreise aufgefordert. Wenige Tage danach verweigern südsudanesischen Soldaten in der Garnison in Torit in Eastern Equatoria einen Marschbefehl nach Khartum. Angeführt von zwei Acholi-Offizieren erhebt sich die Garnison, begleitet von kleineren Aufständen in anderen Garnisonen in Equatoria, in Juba, Yei, Yambio und Meridi. Die aufständischen Truppen sind gut organisiert. Die bewaffneten Auseinandersetzungen mit den sudanesischen Truppen fordern 75 Tote aufseiten der Aufständischen, wohingegen 361 Nordsudanese:innen den Kämpfen zum Opfer fallen (Poggo, 2009: 42). Formell geben die Rebellen nach nur wenigen Tagen auf. Die meisten von ihnen gliedern sich jedoch nicht wieder in die *Sudanese Armed Forces* (SAF) ein, sondern begeben sich umgehend in den »Busch«, wie die Entscheidung zum bewaffneten Kampf umgangssprachlich genannt wird.

Die folgenden Jahre verlaufen dennoch weitgehend friedlich, auch wenn die politischen Spannungen zunehmen (Rolandsen, 2011a). Die meisten Gemeinschaften im Südsudan sind davon aber nur indirekt tangiert. Am 1. Januar 1956 erlangt der Sudan seine formale Unabhängigkeit, was auf die Situation im Süden zunächst wenig unmittelbare Auswirkungen hat. Die Kolonialoffiziere werden schon davor durch sudanesischen Verwaltungsbeamte ersetzt. Im Februar und März 1958 kommt es zu den ersten Wahlen der Republik Sudan, die einen Machtwechsel mit wesentlichen Konsequenzen für die Ausgestaltung der Unabhängigkeit herbeiführen. Die islamistische *Umma Party* gewinnt die Wahl vor der NUP mit einer prononciert antiägyptischen Agenda, die zudem auf ein strategisches Bündnis mit den Vereinigten Staaten abzielt. Die *Southern Sudan Federal Party* kann starke 38 von insgesamt 173 Sitzen auf der Basis eines für Föderalismus eintretenden Wahlprogramms

gewinnen. Die Koalitionsregierung zwischen Umma und der von der NUP abgespaltenen *People's Democratic Party* unter Premier Abdallah Khalil steht allerdings von Anfang an unter dem ungünstigen Stern einer sich zunehmend verschärfenden Wirtschaftskrise. Sie kann sich nur wenige Monate im Amt halten.

Am 17. November 1958 putscht das sudanesisches Militär mit Unterstützung der Vereinigten Staaten. Es befürchtet einen Zusammenbruch der zivilen Regierung mit unkontrollierbaren geostrategischen Folgen. Eine Übergangsregierung unter General Ibrahim Abboud übernimmt die Macht. Das Abboud-Regime zeigt bald, dass es zu der ursprünglich versprochenen Rückkehr zu einer zivilen Regierung nicht bereit sein wird. Dies führt zu keinem unmittelbaren Widerstand. Angesichts der desaströsen ökonomischen Verhältnisse in Khartum und anderen bevölkerungsreichen Gebieten im Norden ist die neue Militärregierung anfangs überaus populär. Dieses Gefühl wird allerdings im Süden, nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen mit den SAF-Truppen, nicht geteilt (Poggo, 2009: 59). Abbouds Putsch markiert das erste Ereignis im unabhängigen Sudan, das merkliche Auswirkungen auf den Süden zeigt. Der Putsch prolongiert und verschärft den lange diskursiv propagierten Gegensatz zwischen einem arabisch-islamischen Norden und einem afrikanischen Süden, und untermauert ihn mit einer manifesten Machtprojektion.

Abboud startet eine rigorose Islamisierungspolitik im Süden. Er lässt keinen Zweifel daran, dass die Zeiten politischer Kompromisse wie etwa Föderalismus oder einer autonomen Selbstbestimmung unter der Militärherrschaft vorbei sind. Der rigide Ansatz führt erstmals zur Formierung einer politischen Widerstandsbewegung von relevanter, auch in Khartum spürbarer Stärke (Allen, 1989: 43). Das Regime antwortet mit signifikant verstärkter militärischer Präsenz, die von markigen politischen Erklärungen untermauert wird. Im Jahr 1961 äußert sich der Militärgouverneur von Equatoria, Ali Baldo, in einer Rede entsprechend herablassend zu den Ideen südlicher Selbstbestimmung: »You are aware that anybody who interferes with public peace and tranquility will be dealt with severely and at once. During the days of Parliament, the Southern Parliamentary Members advocated a federal government for the South. Such ideas are gone with politicians.« (Zitiert nach Oduho und Deng, 1963: 40)

Der Beginn des organisierten politischen Widerstandes ist die Gründung der *Sudan African Closed Districts National Union*, kurz SANU, die sich bald in *Sudan African National Union* umbenannt. In ihr sammeln sich bereits einige

der zentralen Figuren des späteren bewaffneten Kampfes, wie Father Saturnino Lohure, Joseph Oduho oder William Deng Nhial, der zum Generalsekretär der SANU ernannt wird. William Deng, der die Bahr el-Ghazal Dinka repräsentiert, ist an der Spitze der politischen Bewegung einer der ganz wenigen nicht aus Equatoria stammenden Vertreter. Wiewohl die politische Bewegung schnell eine beträchtliche Zahl an Spaltungen durchlebt, schafft sie es, eine bewaffnete Organisation zu etablieren, die für die SAF in kurzer Zeit zu einer veritablen Herausforderung wird: die *Anya-nya*.

Gegründet werden die Anya-nya am 19. August 1963, wiederum überwiegend durch Kräfte aus Equatoria. Die Dominanz Equatorias findet auch in der Namensgebung ihren Ausdruck. Der bewusste Versuch der Findung eines authentischen Namens gestaltet sich nicht einfach (Poggo, 2009: 63). Vorgeschlagen werden etwa der Madi-Name für eine tödlich giftige Schlange, »Inyanya«, und der auf der Mory-Sprache beruhende Neologismus »Manyanya«, was sich mit »Armee-Ameise« übersetzen lässt. Die Wortschöpfung »Anyanya« verbindet beide Vorschläge. Der Begriff wird von den Gemeinschaften in Equatoria weit herum verstanden, wird jedoch in anderen Teilen des südlichen Sudan, insbesondere von nilotisch Sprechenden eben aufgrund dieser eindeutigen regionalen Zuordenbarkeit zurückgewiesen. Letztlich bleiben die Anya-nya bis zu ihrer formellen Auflösung im Jahr 1972 in der allgemeinen Wahrnehmung immer eine Bewegung der Equatoria-Provinzen (Allen, 1989: 41).

Militärisch formieren sich die Anya-nya um jene Veteranen des Equatoria-Bataillons der SAF, die einige Jahre zuvor in Torit rebelliert hatten und in der Folge desertiert waren. Zur dominanten Figur der bewaffneten Bewegung entwickelt sich Joseph Lagu, ein Madi, auch er ein vormaliger SAF-Soldat, auch er desertiert, um sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen.

Der Ende des Jahres 2020 mittlerweile 89-jährige Joseph Lagu ist nach wie vor eine Legende des südsudanesischen Widerstandes. Er vermag es, den volatilen Ausgleich der unterschiedlichen Elemente in der Anya-nya aufrechtzuerhalten. Father Saturnino wird zum formellen Oberbefehlshaber ernannt, um die Machtbalance innerhalb Equatorias sicherzustellen. Lagu selbst hat längere Zeit mit Dinka-Gemeinschaften gelebt. So kann er, trotz einer anfänglichen Marginalisierung von William Deng und den Bahr el-Ghazal Dinka, gegenüber ihnen integrativ wirken. Der im Jahr 1970 in die Anya-nya ein tretende spätere Kommandant der SPLA, John Garang de Mabior, ist einer seiner Jungoffiziere.

Dennoch bleiben die Anya-nya zunächst eine elitäre Kommando-Truppe. Es gelingt ihnen nicht, weite Teile der Bevölkerung zu integrieren. Im Gegenteil, die meisten der im südlichen Sudan lebenden Gemeinschaften versuchen, eine neutrale Position aufrechtzuerhalten und sich nicht in die bewaffneten Auseinandersetzungen verwickeln zu lassen. Erst die zunehmende Intensität des Krieges zwingt viele auch außerhalb Equatorias, Seite zu beziehen (Rolandsen, 2011b: 226). Die von Lagu und der gesamten Führungsriege forcierte Ideologie zielt darauf ab, eine antagonistische Logik zu etablieren. Bemüht wird eine polarisierende Rhetorik, die einen quasi-natürlichen Widerspruch zwischen einer »arabischen« und einer »afrikanischen« Kultur konstruiert. Dies demonstriert eine von Lagus Reden zu jener Zeit, von ihm selbst in späteren Jahren wiedergegeben: »You Arabs keep your Arab culture and traditions and let us Africans keep ours. And if you try to impose us your ways by force, you will be met by force. We shall not stand by idly and watch the Arab intruder change our identity to his.« (Lagu, 2006: 496)

Diese eindeutige ideologische Stoßrichtung kann allerdings nicht verhindern, dass sich innerhalb der Anya-nya heftige interne Auseinandersetzungen entwickeln. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es die Bewegung verabsäumt, eine klare politische Vision jenseits des kruden Anti-Arabisismus zu formulieren (Allen, 1989: 45). Selbst überzeugte Mitglieder bekennen in späteren Jahren, dass die Anya-nya im Gegensatz zu ihrer kompetenten militärischen Führung politisch schwach aufgestellt ist (Fuli Boki Tombe Ga'le, 2002: 370). Schon der Beginn des Kampfes führt zu Kontroversen, die bis in die Führungsriege hineinspielen. Die Entscheidung, die ersten bewaffneten Kampagnen im Lakuto-Gebiet in Eastern Equatoria zu lancieren, führt zu Spannungen mit den Bari im Zentrum und den Zande und Moru in Western Equatoria. Sie fühlen sich durch diesen regionalen Fokus zurückgesetzt. Die schon bei der Formierung der Anya-nya wahrnehmbaren ethno-politischen Tendenzen werden die Geschichte des südsudanesischen Widerstandes bis zur Unabhängigkeit prägen.

Dennoch nimmt die militärische Effektivität der Anya-nya weiter zu. Daran an relevanter Stelle beteiligt ist auch ein vormaliger Nationalsozialist aus Österreich, der Söldner Henerick (wahrscheinlich Heinrich) Rossi (Poggi, 2009: 133, auf Basis von Primärquellen). Rossi berät die Anya-nya-Führung in bewaffneter Propaganda und schlägt unter anderem bewaffnete Kampagnen in den größeren Städten des Südens vor, um maximale Wirkung zu erzielen. Der Kampf wird auf beiden Seiten kompromisslos geführt. Auch der Sudan verschärft seine Gangart. Im Jahr 1964 kommt es zu einer Massenausweisung

von Missionaren aus dem Süden. Später folgt eine Reihe an Massakern an der Zivilbevölkerung in den noch von den SAF kontrollierten Städten. Zunächst kommt es zu Übergriffen in Equatoria, speziell in Yei und Maridi, später auch in weiter nördlich gelegenen Teilen des Südens, wie Kodok, Bor oder Akobo (Achicque Mach Guarak, 2011: 118). Nicht zuletzt aufgrund des persistenten »Southern Problem« gerät das Abboud-Regime mehr und mehr in Bedrängnis. Nach Protesten, die an der Universität von Khartum ihren Ausgang nehmen und schnell weitere Teile der Bevölkerung umfassen, muss Abboud schließlich im Oktober 1964 zurücktreten.

Der eingesetzte Übergangspräsident, Sirr al-Khatim al-Khalifa von der Umma Party, widmet sich umgehend dem »Southern Problem«. Im März 1965 beruft er eine Round-Table-Konferenz ein, die aufgrund der schlechten Sicherheitslage und schwierigen Logistik nicht in Juba, sondern in Khartum abgehalten wird. Neben 18 Vertretern der verschiedenen politischen Fraktionen des Nordens, unter anderem Islamisten wie dem späteren Anführer der *National Islamic Front* (NIF), Hassan al-Turabi, nehmen 24 Vertreter des südlichen Widerstandes teil. Dies ist ein eindrucksvolles Signal, zurückzuführen auf die militärische Stärke der Anya-nya und ihre signifikante Strahlkraft. Jedoch bleibt die politische Uneinheitlichkeit die Schwäche der Bewegung. Neben der SANU-Delegation, angeführt von Aggrey Jaden Ladu, die sich allerdings selbst kurz vor der Aufspaltung in einen südsudanesischen und einen Exil-Flügel befindet, vertritt die *Southern Front*, die Organisation der südlichen Oppositionellen in Khartum, die Interessen des Südens. Die Fronten sind auf allen Seiten verhärtet. Lösungen können keine erreicht werden. Al-Khalifa muss bald zurücktreten. Es kommt zu Neuwahlen im Juni 1965, die allerdings in den südlichen Regionen, formal aus Sicherheitsbedenken, nicht abgehalten werden.

Zwar gewinnt die Umma Party überzeugend und stellt mit Muhammad Ahmad Mahgoub und Sadiq al-Mahdi in den folgenden Jahren die Premierminister. Eine Beruhigung der Situation gelingt der neuen Regierung jedoch nicht. Die Anya-nya durchleben zu gleicher Zeit eine dynamische Phase in ihrer politischen Entwicklung. Nach einigen Spaltungen übernimmt Aggrey Jaden die Führung der Organisation. Als eine bekannte Größe des Widerstandes – so hatte er sich als sudanesischer Beamter am dritten Jahrestag der Unabhängigkeit geweigert, die sudanesisches Flagge aufzuziehen – wird er im April 1967 zum Präsident des *Southern Sudan Provisional Government* (SSPG) gewählt. Die originäre Aufgabe des SSPG besteht darin, den Anya-nya zu ermöglichen, sich als legitimer politischer Akteur und repräsentative Organisation

des gesamten Südens zu positionieren (Poggo, 2009: 123). Jaden unternimmt einen Versuch zur Reorganisation der Anya-nya in Richtung einer zentralisierten Organisation mit einer einheitlichen Führung, wozu eine Integration der Bahr el-Ghazal Dinka angestrebt wird. Diese Reorganisation im Sinne der Vision des Aufbaus einer nationalen Armee führt nicht nur zu Spannungen in Upper Nile. Sie geht mit einer politischen Marginalisierung von Joseph Lagu einher, was diesen wiederum, trotzdem er Jadens Führung formal anerkennt, zum Aufbau einer an seine Person gebundenen strategischen Allianz mit Israel motiviert.

Nachdem sich Aggrey Jaden im Jahr 1969 aus Sicherheitsgründen ins Exil nach Kenia begibt, übernimmt Gordon Muortat Mayen, ein Agar Dinka aus Rumbek und ehemaliger Minister der sudanesischen Übergangsregierung von al-Khatim, die Führung der Anya-nya. Die südlichen Provinzen werden vom Widerstand mit symbolischer Eigenstaatlichkeit ausgestattet und Nile State benannt. Das SSPG wird durch das *Nile Provisional Government* (NPG) ersetzt, zu dessen Präsident Muortat sich wählen lässt. Seine Führung währt allerdings nur kurz. Schon einige Jahre zuvor hatte Lagu über Uganda Kontakte nach Israel geknüpft und für die Unterstützung der Anya-nya geworben. Im Gegenzug würden die Anya-nya zur Schwächung der SAF beitragen und damit den Einsatz sudanesischer Truppen gegen Israel an der Seite Ägyptens zu unterbinden helfen. Unmittelbar nach dem Sechs-Tage-Krieg fiel dieses Argument auf fruchtbaren Boden. Abgewickelt über Uganda beginnt die israelische Unterstützung ab Ende 1967 zu laufen. Sie erreicht im Jahr 1969, nach einem informell durch Premierministerin Golda Meir ermöglichten Besuch von Lagu in Israel, ihren Höhepunkt (vgl. Poggo, 2009: 139).

Die konkrete Dimension des israelischen Beistandes ist in ihrem vollen Umfang auch im Nachhinein nicht verlässlich einzuschätzen. Die Allianz hat jedenfalls eine Reihe wesentlicher praktischer Konsequenzen. Eine davon wird unmittelbar schlagend. Zunächst ermöglicht sie eine Reihe von militärischen Erfolgen durch die Anya-nya (LeRiche und Arnold, 2013: 26; Rolandsen, 2011b: 217). Diese Erfolge tragen maßgeblich zum Sturz der Umma-geführten Regierung in Khartum bei. Am 25. Mai 1969 putscht erneut das sudanesisches Militär, diesmal unter Oberst Gafaar Nimeiri, der mit diesem Umsturz eine 16-jährige Präsidentschaft antritt. Auch die neue Militärregierung startet mit dem Willen, das »Southern Problem« nachhaltig zu lösen. Kurz nach seiner Machtübernahme erklärt sich Nimeiri, weniger Ideologe denn Machtpolitiker (Schmidinger, 2020: 54), zu Verhandlungen mit der Anya-nya bereit.

Auch beruft er zwei »Southeners«, Joseph Garang von der Kommunistischen Partei und Abel Alier von der *Southern Front*, in die Regierung.

Währenddessen arbeitet Lagu im Süden strategisch am Ausbau seiner Machtposition, worauf sich Israels Rolle ebenfalls auswirkt. Die Wahl von Muortat zum Präsidenten des NPG war von den in den Anya-nya immer noch dominierenden Kräften aus Equatoria nicht gut aufgenommen worden. Aufgrund der persönlichen Anbindung der israelischen Unterstützung an die Person von Lagu wird die Position von Muortat zunehmend unterminiert. Mit dem Absprung einiger Führungspersönlichkeiten in Lagus Lager beginnt ab Ende des Jahres 1969 ein über einjähriger Machtkampf innerhalb der Anya-nya, der in seiner ethnopolitischen und territorialen Dimension spätere Auseinandersetzungen in der SPLM/A vorausahnen lässt. Lagu kann schnell die Kontrolle über Equatoria und die ohnehin unzufriedenen Kräfte in Upper Nile gewinnen. Mit dieser Machtbasis ausgestattet macht er sich an eine Reorganisation der Anya-nya nach dezentralen und territorialen Prinzipien. Einheiten sollten primär in ihren Heimatterritorien und nahe ihrer Gemeinschaften kämpfen. Die Reorganisation ist erfolgreich und resultiert in einem Anwachsen der Anya-nya auf bis zu 12.000 Kämpfer:innen. Lagu erreicht so eine Stabilisierung seiner eigenen Position. Nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Kommunikations- und Transportwege wird ein erneuter Putsch gegen ihn faktisch verunmöglicht. Bis zum Ende der Anya-nya hat Lagu aber Schwierigkeiten, die bewaffneten Kräfte in Bahr el-Ghazal unter seiner Kontrolle zu halten.

Ein drittes, mittelbares Resultat der israelischen Involvierung ist die erhöhte Bereitschaft des Nimeiri-Regimes, in Friedensverhandlungen einzutreten. Als zusätzlicher Faktor kommt ein kommunistischer Putschversuch im Juli 1971 zum Tragen, in dessen Folge einer der beiden aus dem Süden stammenden Politiker in Nimeiris Regierung, Joseph Garang, exekutiert wird. Nimeiri reagiert dennoch mit einem weiteren Entgegenkommen. Abel Alier, der in seiner Rolle als Karrierebeamter die südlichen Interessen in Khartum hartnäckig vertritt, wird zum Vizepräsidenten ernannt, womit Nimeiri nicht zuletzt seine Bereitschaft zu einem Friedensschluss unterstreichen will. Seine Anerkennung eines »mutually hurting stalemate« (Rothchild, 1997: 219-222) ist aber vermutlich in erster Linie der symbolischen Strahlkraft der israelischen Unterstützung geschuldet (Poggo, 2009: 177).

Unter Vermittlung der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) und der Mediation des äthiopischen Kaisers Haile Selassie wird nach nur zwölf Tagen an Verhandlungen am 27. Februar 1972 das *Addis Ababa Agree-*

ment on the Problem of South Sudan unterzeichnet. Das Abkommen sieht eine weitgehende Autonomieregelung für den südlichen Sudan vor. Im Zentrum steht die Einrichtung eines Regional Self-Government, dessen Zuständigkeit die gesamte neu geschaffene Southern Region, bestehend aus den drei Großprovinzen Bahr el-Ghazal, Equatoria und Upper Nile umfassen soll. Die in Artikel 11 aufgelisteten Aufgaben der Regionalregierung sind weitreichend. Im Gegenzug muss der von Lagu geleitete politische Flügel der Anya-nya, der mittlerweile unter dem Namen *Southern Sudan Liberation Movement* (SSLM) firmiert, von der Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit Abstand nehmen. Im Jahr 1973 wird das Abkommen in die sudanesisische Verfassung integriert.

Es gelingt dem Addis Ababa Agreement, eine mehr als zehnjährige, relativ friedliche Periode einzuleiten. Dies wird durch kluge taktische Schritte von Nimeiri untermauert. So befördert er den politisch talentierten und ihm daher potenziell gefährlichen Lagu zum General der sudanesischen Armee und überträgt ihm persönlich die Verantwortung für die Eingliederung von 6.000 Anya-nya-Kämpfer:innen in die SAF. Damit nimmt er Lagu aus dem politischen Spiel (Malwal, 2015: 69). Dies ist nur der Beginn von kontinuierlichen politischen Turbulenzen im Süden, die durch die Einrichtung der Autonomieverwaltung ausgelöst werden. Nimeiri erweist sich in dieser Periode als ein Meister der transaktionalen Politik am sudanesischen politischen Marktplatz. Er schafft es wiederholt, die bestehenden internen Auseinandersetzungen im Süden durch taktische Bündnisse mit unterschiedlichen Protagonisten auszunutzen und anzuheizen (LeRiche und Arnold, 2013: 28).

Dennoch werden einige der Schwächen des Abkommens bald sichtbar: die Kontrolle aller wesentlichen Ressourcen liegt beim Norden, und die Finanzierung der Southern Autonomous Region bleibt ungeklärt. Diese strittigen Punkte verschärfen sich mit der Entdeckung von Öl in der Grenzregion zwischen Norden und Süden, vor allem in Unity State. Anstatt die fehlende Finanzierung für die Eigenverwaltung sicherzustellen, verstärkt die beginnende Ölexploration bestehende destabilisierende Tendenzen (Johnson, 2016a: 132). Die politische Situation im Süden verschärft sich im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen vom April 1983, die Nimeiri als einziger Kandidat mit 99,6 % der Stimmen gewinnt. Allerdings kommt dieser Sieg nicht so leicht und un widersprochen, wie es den Zahlen nach den Anschein hat. Im Vorfeld des Urnenganges gerät Nimeiri unter starken politischen Druck und ist gezwungen, ein Bündnis mit islamistischen Kräften einzugehen, deren stärkste Organisation die von Hassan al-Turabi angeführte NIF ist.

Das fragile Bündnis rettet Nimeiri über zwei weitere Jahre seiner Präsidentschaft. Die neuen islamistischen Partner zwingen ihn aber, die Islamisierungs- und Sudanisierungspolitik gegenüber dem Süden, deren Beendigung eigentlich eines der anfänglichen Ziele seiner Herrschaft war, wieder aufzunehmen. Im Juni 1983 verfügt Nimeiri eine Wiederaufteilung der Southern Autonomous Region in drei Regionen: Bahr el-Ghazal mit der Hauptstadt Wau, Upper Nile mit der Hauptstadt Malakal und Equatoria mit der Hauptstadt Juba. Dies untergräbt die autonome Verwaltung nachhaltig. Der Schritt folgt aber Nimeiris Logik des Machterhalts. Neben dem Entgegenkommen gegenüber der NIF, die südliche Autonomie faktisch zu beenden, beruht diese territoriale Neugliederung auf dem Prinzip, oppositionelle Kräfte zu spalten und taktisch an sich anzubinden (Mawson, 1984: 523).

Spätestens ab dem Jahr 1980 ist die Stimmung im südlichen *High Executive Council* schlecht. Der Dinka Abel Alier, ein langjähriger Nimeiri-Alliierter und vormaliger Vizepräsident des Sudan, hatte Joseph Lagu im Rennen um die Präsidentschaft geschlagen. Dies führt zu gehässigen, ethnopolitisch gefärbten Auseinandersetzungen im Council (Shinn, 2004: 251), in deren Folge sich Lagu an Nimeiri annähert und mit sudanesischer Hilfe eine gegen Alier und die Bahr el-Ghazal Dinka gerichtete Allianz formiert. Nicht zuletzt aufgrund Lagus Bemühungen löst Nimeiri am 5. Oktober 1981 die Autonomieregierung auf, entlässt Alier und ernennt Lagus Freund, General Gismalla Abdalla Ras, zum Interimspräsidenten.

Die folgenden Wahlen um das High Executive Council im Jahr 1982 gewinnt ein Verbündeter Lagus, Joseph James Tombura. Unmittelbar nach der Wahl starten Lagu und Tombura eine politische Kampagne für »Kokora« (»Re-division«), die direkt gegen die Person Alier gerichtet ist. Je nach Perspektive zielt Kokora auf Devolution oder die Zersplitterung des Südens durch die Anerkennung der Aufteilung in drei Provinzen. Die Debatte um *Kokora* und die Frage der Dinka-Dominanz der südlichen Politik ist ein bis heute spürbares Narrativ (Willems und Deng, 2015). Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die letztendliche Auflösung der Southern Autonomous Region im Juni 1983 in Equatoria überaus populär ist, während sie in den meisten Dinka-Gemeinschaften auf massive Ablehnung stößt.

Die Vereinbarungen des Addis Ababa Agreement sind damit jedoch hinfällig. Wenige Monate später kommt es zum finalen Zusammenbruch. Mit einigen Dekreten, den sogenannten »September Laws«, verfügt Nimeiri im September 1983 die Einführung der Scharia im gesamten Staatsgebiet des Su-

dan. Zwar ist die Einführung in erster Linie fürs Heimpublikum und die Befriedung der NIF gedacht – in Khartum werden öffentlichkeitswirksam tausende Flaschen Whisky in den Nil geschüttet (Warburg, 1990: 624) –, doch repräsentiert es den Tropfen, der den Friedensprozess im Süden zusammenbrechen lässt. Auch bescheren diese Beschlüsse der wenige Monate zuvor gegründeten *Sudan People's Liberation Army* (SPLA) jenen Zulauf aus Dinka und Nuer-Gemeinschaften, den sie für die ernsthafte Aufnahme des bewaffneten Kampfes benötigt.

Diskrepanzen des Widerstandes

Die SPLA und die mit ihr verbundene politische Bewegung, SPLM, sind aber keineswegs die erste Organisation, die den bewaffneten Kampf nach dem Addis Ababa Agreement wieder aufnimmt. Schon im März 1975 hatten sich ehemalige Militante aus den Anya-nya, vor allem Vertreter in der Autonomie-Regierung marginalisierter Nuer-Gemeinschaften, als Anya-nya II zusammengefunden. Der Gründungsmythos der Anya-nya II geht auf einen Aufstand in der Garnison in Akobo an der äthiopischen Grenze zurück. Von Beginn an positioniert sich die Bewegung in direktem Widerspruch zum Addis Abeba Friedensvertrag und der südlichen Autonomie und erhebt die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit (LeRiche und Arnold, 2013: 31). Die Geschichte der Anya-nya II ist mit dem Osten der Region verbunden und entwickelt sich von Beginn an im Widerstand gegen die so wahrgenommene politische Dominanz der Bahr el-Ghazal Dinka aus dem Westen.

Diese Rivalität wird später zu blutigen bewaffneten Auseinandersetzungen mit der SPLM/A führen, die in die ab den späten 1980er-Jahren aufbrechenden ethnopolitischen Spannungen innerhalb der Organisation hineinspielen (Jok, 2017). Nicht nur steht die politische Positionierung der Anya-nya II im Gegensatz zu der ambivalent vertretenen gesamtstaatlichen Orientierung der ursprünglichen SPLM/A. Auch ist die Anya-nya II in ihrer Zusammensetzung von Militanten aus dem Osten des Landes, hauptsächlich Nuer, dominiert. Die Spannungen spiegeln sich auf Führungsebene wider. Die Anya-nya II-Spitze, bestehend aus dem Nuer-Kommandanten William Abdallah Cuol, einem Nuer-Minister der Autonomie-Regierung, Samuel Gai Tut und dem Twic Dinka Akwot Atem de Mayen, einem langjährigen Gegner der Autonomieregelung, sieht sich nicht nur als historische Führung des Widerstandes legitimiert. Auch fühlt sie sich aufgrund ihres Alters und ihrer